

## 10.3 Vorschläge für die Umsetzung von Maßnahmen

### 10.3.1 Bestehende Förderkulisse im Gebiet

Zur Zeit ist keine der forstwirtschaftlich genutzten Flächen an Förderprogramme gebunden.

## 10.4 Fördermöglichkeiten

Prinzipiell können die für geplante Maßnahmen entstehenden Kosten auch durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und deren Finanzierung in sinnvoller Weise abgedeckt werden. So können bei Vorhaben mit Eingriffen in Natur und Landschaft, u.a. im Zusammenhang mit dem Neuausbau der B 87 Torgau-Herzberg sowie dem Bau von Ortsumgehungen beispielsweise die erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen verstärkt für Naturschutzbelange, wie Mahd und/oder Freistellen von verbuschten Offenlandbereichen bzw. Munitionssondierung- und Beräumung auf Offenland-LRT-Flächen zur Schaffung der Grundvoraussetzung von Pflegemaßnahmen, durchgeführt werden.

### 10.4.1 Maßnahmen in Wald-LRT

Grundlegendes Förderinstrument für die Umsetzung der im Managementplan vorgeschlagenen Maßnahmen ist die **„Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Förderung der naturnahen Waldbewirtschaftung und der Forstwirtschaft“** (RL 52/2000) des SMUL, zu beachten sind außerdem die offiziellen Erläuterungen der Abt. 7 SMUL zur Auslegung der RL 52. Abschnitt VII der Richtlinie weist Fördermöglichkeiten für Maßnahmen aus, die der „Verbesserung/Erhaltung der ökologischen Stabilität in Schutzwäldern – Vertragsnaturschutz im Wald“ dienen.

Neben der Förderung von Umbaumaßnahmen von Nadelbaumbestockungen zu naturnäheren Mischbeständen enthält die Richtlinie Bestimmungen zu Vertragsnaturschutz im Wald.

Zuwendungsempfänger für Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes können nur private Waldbesitzer sein.

Grundsätzlich sind folgenden Bedingung als Voraussetzung für die vertragliche Vereinbarung einzuhalten:

- Verzicht auf Entwässerungsmaßnahmen (ausgenommen Maßnahmen zur Herstellung der natürlichen Wasserverhältnisse),
- Verzicht auf Düngung und Einsatz von Pflanzenschutzmitteln,
- Verzicht auf flächiges Bearbeiten und Befahren der Böden,
- Verzicht auf Boden- und Humusentnahme oder –auftrag,
- Verwendung standortheimischer Herkünfte bei Pflanzung und Saat,
- Erhaltung von Kleinstrukturen und Sonderstandorten.

Sind die genannten Voraussetzungen erfüllt, so erfolgt nach Vertragsabschluss die Zuwendung als Festbetrag in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen. Die Zuwendung kann je Fläche jährlich nur einmal in Anspruch genommen werden.

Zu beachten bei Vertragsnaturschutz im Wald ist das Vertragsgestaltungsverfahren mit Einbeziehung sowohl der Forst- als auch der Naturschutzbehörde, die Begrenzung der jährlichen Zuwendungen auf minimal 40 €/ha und maximal 120 €/ha (wobei entsprechend

Förder-Richtlinie 52/2004 eine Bagatellgrenze von 500 € zu überschreiten ist) und die zeitlich beschränkte Gültigkeit der Richtlinie bis 2006. Dass VE-Mittel bis 2008 bewilligt werden, gilt jedoch als wahrscheinlich. Unter diesen Voraussetzungen ist es möglich, folgende Maßnahmen mit Fördermitteln zu unterstützen:

### 1. Erhaltungsmaßnahmen

#### a) Erhalt von Biotopbäumen

RL 52 Pkt. 27.1                      b:    Erhaltung von Einzelbäumen

Erl. zur RL 52:                      BHD muss mindestens 40 cm betragen

Grundsätzlich eröffnet die RL 52 Möglichkeiten, innerhalb einer begrenzten Vertragslaufzeit den dauerhaften Erhalt von Biotopbäumen umzusetzen. Mit den hier kalkulierten Kosten von ca. xy €/Baum lassen sich innerhalb von 3 Jahren ( $3 \text{ Jahre} \times 120 \text{ €/ha} \cdot \text{a} = 360 \text{ €/ha}$ ) prinzipiell xy Biotopbäume finanziell ablösen.

Die aktuellen Fördersätze pro Baum entsprechen den hier kalkulierten Kosten, so dass unter dem Vorbehalt der geltenden Bagatell- und Höchstgrenzen eine finanzielle Abgeltung für das Belassen von Biotopbäumen möglich ist.

### 2. Entwicklungsmaßnahmen:

#### a) Anreicherung mit Biotopbäumen über das jetzige Maß hinaus

siehe oben

#### d) Veränderungen in der Baumartenzusammensetzung

Hiebsunreife- und Rentabilitätsverluste aufgrund der Entwicklung höherer Laubbaumanteile (z.B. Reduktion des Fichtenanteils im Rahmen von Durchforstungen) lassen sich auf Basis der RL 52 **nicht** ausgleichen.

## 10.4.2 Maßnahmen in Offenland-LRT

Die Vorbereitung, Durchführung und Begleitung von Maßnahmen zur Pflege und Gestaltung von Pflegemaßnahmen in geschützten und gefährdeten Biotopen kann unter bestimmten Voraussetzungen im Rahmen der „**Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Förderung des Naturschutzes im Freistaat Sachsen vom 18. Dezember 2002**“ (Naturschutzrichtlinie) gefördert werden.

Die Naturschutzrichtlinie 25/02 ermöglicht, einen dauerhaften Nutzungsverzicht in Form eines einmaligen kapitalisierten Ausgleiches zu entschädigen. Antragsteller für diese Entschädigung kann nur ein kommunaler Träger oder ein Verband/Verein sein, der sie dann an den Eigentümer weiterreicht. Im Gegenzug ist der Grundeigentümer verpflichtet, diesen Verzicht als Grunddienstbarkeit zugunsten des Trägers eintragen zu lassen. Die Verbindlichkeit für den Eigentümer ist also ungleich höher als bei einem Vertrag.

Nicht zuletzt können sich die oben genannten Träger auch um einen Ankauf der Fläche bemühen und sich nach dieser Richtlinie fördern lassen.

Eine Förderung der für die in den Bundeswaldflächen liegenden Offenlandbereiche vorgeschlagenen Maßnahmen (Gehölzentnahme, Mahd, ..) im Rahmen der o.g. Richtlinie ist jedoch nicht möglich.

Prinzipiell können die für die hier geplanten Maßnahmen entstehenden Kosten aber auch durch **Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen** und deren Finanzierung in sinnvoller Weise abgedeckt werden. So können bei Vorhaben mit Eingriffen in Natur und Landschaft

beispielsweise die erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen verstärkt im Sinne der Aufwertung bestehender Kiefernforste durchgeführt werden (Erhöhung des Eichenanteils in dafür geeigneten Bereichen des PG).

## **10.5 Gebietsbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit**

Zur Koordination der Umsetzung der Maßnahmen mit der forstlichen Bewirtschaftung des Waldes ist es sinnvoll, dass die Gebietsbetreuung in einer Hand bei der Forstverwaltung liegt. Sie kann ortsnah durch die Forstämter erfolgen, die sich in naturschutzfachlichen Fragen, die von diesem Managementplan nicht abgedeckt werden, mit der Unteren Naturschutzbehörden abstimmen.

Da das Gebiet touristisch nicht erschlossen ist und nur durch wenige Ortsansässige aufgesucht wird und zudem in seinem nördlichen Teil im Bereich des hier befindlichen Standortübungsplatzes der öffentliche Besucherverkehr ohnehin nicht zugelassen ist, sind keine Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit erforderlich.